

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 1 • 73. Jg, MÄRZ 2022

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz

„Fenster auf ins 21. Jahr- hundert“

SPOÖ-Vorsitzender Michael
Lindner im Interview

Seite 10



Klimapolitik:

Mutige Entschei-
dungen braucht
der Klimaschutz

Seite 4

Interview:

Julia Herr will beim
Klimaschutz nieman-
den zurücklassen

Seite 6

Kommunalpolitik:

Grüne Gemeindeinvesti-
tionen über den Finanz-
ausgleich absichern

Seite 12

MEIN BONUS

Für mich soll's viele Punkte regnen.

Punkte sammeln und regionale Vorteile abstauben.
Der Kundenklub der Energie AG ist voller Heimvorteile und attraktiver Angebote. Jetzt registrieren, punkten und gewinnen!

www.energieag.at/meinbonus



Barbara Haas,
WTA-Tennisprofi



ENERGIE AG
Oberösterreich
Wir denken an morgen



PROGRAMMAUSSCHNITT

Mittwoch, 13. April 2022, 19:30 Uhr
Ändert sich nichts, ändert sich alles
Buchvorstellung, Lesung
Katharina Rogenhofer, Florian Schlederer

Freitag, 15. April 2022, 20:00 Uhr
Deutschland Umtopfen
Satireshow
Jean Philippe Kindler



DIE LOCATION IM HERZEN VON LINZ

Eben noch direkt auf der Landstraße und keine zeh
Schritte weiter in einer echten Großstadtoase.
Das **Central** besticht trotz der verkehrsgünstigen
Lage durch sein ruhiges und entspanntes Flair.



Das **Central Linz** ist die perfekte Location für Ihr
Event. Von der Geburtstagsfeier der besonderen Art
bis hin zum Firmenevent. Nutzen Sie unsere
300 m² mit Platz für bis zu 300 Personen als
Spielwiese für Ihre Ideen.

Folgen Sie uns auf Facebook & Instagram
// @centrallinz



Krieg

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



Bereits während der technischen Produktion dieser Ausgabe des Bildungskuriers begann die Regierung und die Armee Russlands einen völkerrechtswidrigen Eroberungskrieg gegen die Ukraine. Der Krieg verursachte (natürlich) Zerstörung und löste eine Massenflucht von Frauen und Kindern in EU-Länder aus. Der kriegsrische Überfall Russlands verursachte aber auch eine in den vergangenen drei Jahrzehnte nicht mehr gekannte Konfrontation zwischen Russland einerseits und der Europäischen Union, den USA usw. andererseits.

Die ersten vier Jahrzehnte nach 1945 waren von der Blockkonfrontation zwischen Ost und West geprägt. Die Hochrüstungspolitik mit Massenvernichtungswaffen auf beiden Seiten war die bekannte und gefährliche Folge. Mit dem politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenbruch des „Ostens“ vor etwa dreißig Jahren begann eine Phase der scheinbar unbegrenzten Dominanz des „Westens“, insbesondere

der USA. Aber in den vergangenen Jahren gab es vielfach Signale für Probleme dieser Dominanz: der Aufstieg Chinas zur wirtschaftlichen und politischen Supermacht, die Unfähigkeit der USA (und deren Verbündeter) ihre Kriege im Irak oder in Afghanistan zu gewinnen. Aber auch die Krisen der Demokratie in den USA und Westeuropa sind derartige Probleme.

Mit dem Krieg Russlands beschleunigt sich diese weltpolitische Neuformierung. In die anstehenden Debatten und Entscheidungen muss sich die Sozialdemokratie massiv einbringen, dass nicht eine neuerliche Hochrüstungspolitik auf allen Seiten erfolgt, dass sich keine Dominanz von Superreichen auf allen Seiten ergibt, dass wegen der Konfrontationen und Konflikte der Sozialstaat vernachlässigt wird und dass der Klimaschutz zurückgedrängt wird. Die „alten“ Ziele der Sozialdemokratie von Frieden und Demokratie, von Gleichheit und Freiheit, von sicherem, gutem Leben und Solidarität gelten auch heute und morgen.

„Der Krieg Russlands gegen die Ukraine markiert den Beginn einer neuen weltpolitischen Epoche.“

Inhalt

- 4 **Klimapolitik:** Mutige Entscheidungen für Klimaschutz auf allen Ebenen fordert Johannes Wahlmüller.

- 6 **Interview:** Julia Herr im Interview über die UN-Klimakonferenz, den Green New Deal und klimapolitische Herausforderungen in Österreich.

- 8 **Wohnbau:** Welchen Beitrag gemeinnütziger Wohnbau zum Klimaschutz leistet, weiß Robert Oberleitner.

- 9 **Kommunalpolitik:** Wie Vöcklabruck zur Vorzeigestadt der Energiewende werden soll, erklärt Bürgermeister Peter Schobesberger.

- 10 **Interview:** Michael Lindner im Gespräch über seine Zukunftspläne für das Land und die SPÖ Oberösterreich.

- 12 **Finanzen:** Wie grüne Investitionen der Gemeinden über den Finanzausgleich abgesichert werden können, analysiert Karoline Mitterer.

- 14 **Raumordnung:** Über skandalöse Wald- und Bodenvernichtung in Ohlsdorf berichtet Heidi Strauss.



4



6



10



12

Foto: MecGreenie



PEFC zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen
www.pefc.at

gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des österreichischen Umweltzeichens, Gutenberg-Werbing GmbH, UW-Nr. 844



Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

Redaktion: Bernd Dobeberger, Georg Hubmann, Wolfgang Kempfner, Manuel Kreuzer, Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser, Laura Wiednig

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch

Hersteller: Gutenberg-Werbing Ges.m.b.H.

Nr. 01/22, März, SPÖ OÖ-Info-Nr. 1/2022, GZ 02Z032837 M,
P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Mit Mut gegen fossile Energie

Klimaschutz erfordert mutige Entscheidungen auf allen Ebenen.

JOHANNES WAHLMÜLLER

Die Klimakrise ist die brennende Frage der Gegenwart, sie kann nur jetzt gelöst werden. Bleibt es bei den bisherigen ungenügenden Antworten heizt sich unser Klima auf, mit drastischen Folgen für das

steigt dann stark an. Soweit dürfen wir es nicht kommen lassen!

Österreich kein Klimaschutz-Vorreiter

Es ist an der Zeit, vor der eigenen Tür zu kehren. Österreich selbst ist eines der wenigen Länder in der EU, das bis heute keine Reduktion von Treibhausgasemissionen erreicht hat. Gegenüber 1990 sind die Treibhausgasemissionen (Stand 2019) um 1,5 Prozent angestiegen. EU-weit (EU-28) wurde im selben Zeitraum eine Reduktion um mehr als ein Viertel erreicht. Im weltweiten Klimaschutzindex der Entwicklungs- und Umweltorganisation Germanwatch belegte Österreich zuletzt deshalb nur den unrühmlichen 37. Platz von 64 und reiht sich unter die low performer (zu Deutsch „Minderleister“) ein.

Zumindest in den letzten zwei Jahren sind einige Verbesserungen erreicht worden. Die von GLOBAL 2000 vorgeschlagene Klimaschutzmilliarde wurde umgesetzt. Es gibt mehr Geld für den Ausbau der Bahn, die thermische Sanierung und den Heizkesseltausch. Mit dem Klimaticket wird das Öffifahren für Viele spürbar günstiger. Doch Österreich ist damit längst noch nicht auf Kurs. Es fehlen etwa ein Klimaschutzgesetz mit einem wirksamen Sofortmechanismus, das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz, das den Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen regelt und das Energieeffizienzgesetz.

DER AUTOR:

Johannes Wahlmüller

ist Klima- und Energiesprecher bei GLOBAL 2000. Er hat Sozialwirtschaft in Linz studiert und arbeitet seit 2010 bei GLOBAL 2000 als Campaigner für Klimaschutz und Energiewende.



„Die Klimakrise ist die brennende Frage der Gegenwart, sie kann nur jetzt gelöst werden.“

Leben auf der Erde. Das Schlimme daran: Die Auswirkungen sind dann irreversibel. Die Welt, wie wir sie kennen, gibt es dann nicht mehr. Und zwar dauerhaft für alle nachfolgenden Generationen. Das macht die Frage des Klimaschutzes so existenziell und zeitkritisch.

Die gute Nachricht: Noch können wir das Ruder herumreißen. Die Klimaforschung ist sich einig, dass eine Eingrenzung des Temperaturanstiegs auf weltweit 1,5 Grad Celsius noch möglich ist. Bis dahin gelten die Schäden noch als einigermaßen beherrschbar. Werden alle derzeitigen Zusagen der Staaten eingehalten, dann kommt es zu einem fast doppelt so starken Temperaturanstieg von 2,7 Grad Celsius. Die Gefahr von unkontrollierbaren Dominoeffekten

Hinter der ungenügenden Klimapolitik stecken handfeste Geschäftsinteressen, die sich gegen das öffentliche Interesse an einem stabilen Klima noch immer zu stark durchsetzen.

Land, Stadt und Gemeinden haben Einfluss auf Energiekonzerne

Die Hauptgegner von mutiger Klimaschutzpolitik sind Energiekonzerne, die vom Geschäft mit fossilen Energien, wie Öl-, Gas und Kohle, profitieren. Aktuell planen Staaten weltweit 240 Prozent mehr Kohle, 57 Prozent mehr Erdöl und 71 Prozent mehr Erdgas zu fördern, als mit der 1,5 Grad Celsius-Grenze noch vereinbar ist. In Österreich ist das nicht anders. Die OMV investiert jährlich Millionen in die Suche nach neuen Öl- und Gasfeldern, die wir aus Klimaschutzgründen gar nicht ausbeuten dürften. Vier von fünf österreichischen Energiekonzernen bezeichnen den klimaschädlichen Energieträger Erdgas als umweltfreundlich und betreiben damit Greenwashing. Die oberösterreichische Energie AG ist da übrigens keine Ausnahme. Bundesländer, Städte und Gemeinden können etwas dagegen tun. Sie können ihre Energieversorger dazu verpflichten, einen klaren Fahrplan für den



Wenn alle Ebenen an einem Strang ziehen, dann können wir die Klimakrise lösen und unsere Lebensqualität sogar verbessern.

Ausstieg aus dem Geschäft mit schmutziger Energie bis 2040 zu erarbeiten und zu einem Teil der Lösung zu werden.

Mutige Klimaschutzpolitik auch in Oberösterreich gefordert

Es geht aber noch viel mehr, denn die Landespolitik hat viele Kompetenzen. Sie kann sich etwa für den Ausbau des Umweltverbundes (Bahn, Bus, Rad) einsetzen oder den Wohnbau klimafreundlich umgestalten. Das ist gerade in Oberösterreich dringend erforderlich: Rund 30 Prozent der verbrauchten Energie ist erneuerbar, 70 Prozent entfällt auf Benzin, Diesel, Heizöl, Erdgas und Kohle. Die Pro-Kopf-CO₂-Emissionen liegen bei rund sieben Tonnen CO₂. Nach Kärnten ist das der höchste Wert in ganz Österreich. Dabei sind die Treibhausgasemissionen der Großindustrie noch gar nicht eingerechnet.

Die Gründe dafür sind vielfältig: 35 Prozent der oberösterreichischen Wohnsitze werden mit Öl- und Gasheizungen beheizt, Fernwärme wird noch zu einem großen Teil mit Erdgas erzeugt, obwohl es im Industrieland Oberösterreich großes Potenzial für die Nutzung von industri-

ler Abwärme gibt. Insbesondere ein koordinierter Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen könnte helfen, die Emissionen rasch zu senken. Die Technologien sind vorhanden, es fehlen lediglich Bestimmungen in der Bauordnung, diesen Umbau bis 2040 gesetzlich festzuschreiben.

„Für eine mutige Klimapolitik gibt es viele Möglichkeiten anzufangen. Suchen muss man nicht lange.“

Dazu kommt, dass die Mobilität stark autozentriert ist: 69 Prozent der Wege werden mit dem PKW zurückgelegt, nur neun Prozent mit öffentlichen Verkehrsmitteln und sechs Prozent mit dem Fahrrad. Die Verkehrspolitik orientiert sich nach wie vor zu stark an Straßenprojekten, anstatt umweltfreundliche Alternativen zu entwickeln. So ist die Summeraubahn noch immer einspurig, obwohl es sich hier um eine internatio-

nale Bahnverbindung mit überregionaler Bedeutung handelt. Für eine mutige Klimapolitik gibt es viele Möglichkeiten, anzufangen. Suchen muss man nicht lange.

Gemeinden als Graswurzelbewegung der Klimapolitik

Die Gemeindeebene kann wiederum als die Graswurzel-Klimaschutzbewegung fungieren und sich einem breiten Betätigungsfeld widmen. Kommunale Gebäude können auf klimafreundliche Wärmeversorgung umgestellt werden und Sonnenenergie konsequent nutzen. Gemeinden können die Zersiedelung stoppen und Ortskerne beleben. Sie können Energiegemeinschaften mit ihren Bürger:innen, lokalen Unternehmen und Landwirt:innen gründen und so erneuerbare Energie für alle nutzbar machen. Sie können aber auch bessere Rahmenbedingungen auf Landes- und Bundesebene einfordern. Gemeinden können so ein Teil der Graswurzelbewegung werden, denn es gibt auf allen Ebenen viel zu tun. Wenn alle Ebenen an einem Strang ziehen, dann können wir die Klimakrise lösen und unsere Lebensqualität sogar verbessern.

SPARKASSE 
Oberösterreich

#glaubandich



www.sparkasse-ooe.at

„Mensch und Natur zählen mehr als Profite!“

Im November 2021 fand die UN-Klimakonferenz in Glasgow statt. Julia Herr, SPÖ-Sprecherin für Umwelt und Klima, war live dabei. Wir haben mit ihr über die UN-Klimakonferenz, den Green New Deal und klimapolitische Herausforderungen in Österreich gesprochen.

Bildungskurier: Du warst bei der UN-Klimakonferenz in Glasgow vor Ort. Welche Eindrücke hast du von dort mitgenommen?

Herr: Die Klimakonferenz war enorm beeindruckend. Dort waren Menschen aus aller Welt, um über die Zukunft unseres Planeten zu diskutieren. Deshalb sind Kli-

„Die Klimakrise ist ein globales Problem, das wir nur gemeinsam lösen können.“

makonferenzen so enorm wichtig, denn die Klimakrise ist ein globales Problem, das wir nur gemeinsam lösen können. Zugleich sind die erzielten Kompromisse nicht zufriedenstellend und die tatsächliche Politik bleibt sogar noch hinter den Versprechen zurück. Da ist Österreich leider keine Ausnahme. Während sich die Regierung in Glasgow zu globalen Klimazielen bekannte, schafft sie es hierzulande nicht mal das Klimaschutzgesetz auf die Reihe zu bringen. Damit ist sie bereits über ein Jahr in Verzug!

Bildungskurier: Du forderst einen Green New Deal. Dabei ist eine Dekarbonisierung der Wirtschaft, also der Ausstieg aus fossilen Energieträgern wie Öl, Gas und Kohle, ein Grundpfeiler. Wie soll das in der Praxis aussehen?

Herr: Das ist eine enorm tiefgreifende Veränderung, die zuerst mal klare Rahmenbedingungen braucht. Ich habe das Klimaschutzgesetz schon angesprochen. Damit müssen der Pfad zur Klimaneutralität 2040 festgelegt und vor allem Verantwortlichkeiten zugewiesen werden. Jeder Branche muss klar sein, wie viel CO₂

sie bis wann einsparen muss. Diese klaren Vorgaben erhöhen den Druck, zu handeln, geben aber auch dringend benötigte Planungssicherheit. Neben dem staatlichen Rahmen braucht es auch öffentliche Investitionen sowohl in die Forschung und Entwicklung als auch in die konkrete Umsetzung. Ich fordere dafür einen Transformationsfonds. Indem sich der Staat beteiligt, können auch teure Umstellungen in der Industrie finanziert werden. Durch die öffentliche Beteiligung wird Mitspracherecht, aber auch ein Anteil an künftigen Gewinnen sichergestellt.

Bildungskurier: In Österreich ist beispielsweise die voestalpine für 10 Prozent des CO₂ Ausstoßes verantwortlich. Wie können wir Arbeitsplätze in der Industrie erhalten und gleichzeitig die Klimaziele erfüllen?

Herr: Bei der voestalpine gibt es bereits viele Projekte, wie die CO₂-intensive Stahlindustrie klimaneutral werden kann. Da ist sie Vorreiterin! Das sollten wir uns überall sonst auch zu Herzen nehmen, denn wenn wir jetzt nicht investieren, dann wird es in Zukunft noch teurer. Einerseits weil die Klimakrise noch zu furchtbaren Schäden führen wird, andererseits aber auch, weil dann Arbeitsplätze gefährdet sind. Wir sehen das in der Autozulieferindustrie, einem ganz wichtigen Industriezweig in Österreich, an dem zehntausende Jobs hängen. Wir brauchen jetzt emissionsfreie Fahrzeuge, nicht nur PKWs, auch LKWs und Busse. Wenn wir da den Umstieg nicht schaffen, dann werden diese Industrie und mit ihr die Arbeitsplätze verschwinden. Dafür braucht es aber wiederum die Rahmenbedingungen. Wenn wir den Pfad zur Klimaneutralität kennen, dann können wir auch die Auswirkungen auf Arbeitsplätze besser abschätzen und die not-



IM INTERVIEW

Julia Herr

ist Nationalratsabgeordnete und SPÖ-Umwelt- und Klimasprecherin. Davor war sie sechs Jahre Verbandsvorsitzende der Sozialistischen Jugend.

wendigen Maßnahmen setzen. Klar ist, dass manche Industriezweige mit dem Ende der fossilen Energie verschwinden werden. Menschen, die dort arbeiten, müssen wir Perspektiven geben. Sie müssen die Möglichkeit zur Fortbildung oder Umschulung erhalten und dabei auch

„Beim Klimaschutz darf niemand zurückgelassen werden!“

keine Gehaltseinbußen fürchten müssen. Am besten schauen wir uns dazu immer ganze Regionen an: Welche Betriebe und Arbeitsplätze sind vom Umbau zur klimafreundlichen Wirtschaft betroffen?



Wie können alternative Industriezweige und Beschäftigungsmöglichkeiten anschauen? All das muss mit den Menschen vor Ort, mit den Beschäftigten und Betriebsrätinnen und -räten erarbeitet werden. Gewerkschaften aus aller Welt haben dafür ein Konzept erarbeitet. Es heißt *Just Transition*, also zu Deutsch „Gerechter Wandel“, weil der notwendige Wandel eben gerecht ablaufen muss. Beim Klimaschutz darf niemand zurückgelassen werden!

Bildungskurier: Der Verkehr macht fast die Hälfte des CO₂-Ausstoßes aus. Gerade im ländlichen Bereich sind arbeitende Menschen oft auf ihr Auto angewiesen. Wie gelingt eine Verkehrswende, ohne diese große Gruppe zu benachteiligen?

Herr: Ziel muss sein, dass möglichst alle Wege zu Fuß, per Rad, mit Bus oder Bahn zurückgelegt werden. Doch wo kein Bus fährt, kann auch niemand vom Auto auf die Öffis umsteigen. Deshalb ist es der falsche Weg, einfach an den Treibstoffpreisen zu drehen, denn das trifft auch Menschen, die sowieso kaum über die

Runden kommen und aufs Auto angewiesen sind. Stattdessen muss der öffentliche Verkehr massiv ausgebaut werden. Während es im ländlichen Raum oft darum geht, überhaupt erst Verbindungen zu etablieren oder diese zu verdichten, müssen auch in den Städten die Kapazitäten ausgebaut werden. Damit der

„Damit der Umstieg auf den öffentlichen Verkehr gelingt, muss dieser gut, günstig und praktisch sein.“

Umstieg auf den öffentlichen Verkehr gelingt, muss dieser gut, günstig und praktisch sein. Da haben wir in vielen Teilen Österreichs noch einen weiten Weg vor uns. Selbstverständlich wird es auch in Zukunft besonders abgelegene Gebiete geben, wo selbst eine Busverbindung keinen Sinn macht. Hier sind dann weiterhin Autos notwendig, aber eben mit Elektromotor. Dafür braucht es auch die notwendige Infrastruktur.

„Wir müssen allen Menschen in diesem Land ein klimafreundliches Leben ermöglichen! Klimaschutz darf nicht vom eigenen Geldbörstel abhängen.“

Bildungskurier: In der Klimadiskussion tauchen sehr unterschiedliche Interessen und Standpunkte auf. Gerade der Stadt-Land Unterschied wird dabei sichtbar. Wie können wir in dieser Frage eine gemeinsame Position entwickeln und an einem Strang ziehen?

Herr: Ich glaube die Unterschiede sind gar nicht so groß, wenn wir uns immer zwei Dinge vor Augen halten: Erstens: Wir müssen allen Menschen in diesem Land ein klimafreundliches Leben ermöglichen! Klimaschutz darf nicht vom eigenen Geldbörstel abhängen. Zweitens: Wir haben uns als Gesellschaft viel zu lange immer nur um den nächsten Quartalsgewinn, um Aktienkurse und Manager:innen-Boni gekümmert. Diese Ausbeutung von Mensch und Natur hat uns erst in die Klimakrise geführt. Damit muss Schluss sein. Mensch und Natur zählen mehr als Profite!

Wohnbau 2.0: sozial und nachhaltig

Nachhaltiges Bauen ist fixer Bestandteil des gemeinnützigen Wohnbaus, der damit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leistet.

ROBERT OBERLEITNER

Zukunftsgerechter Wohnbau steht unmittelbar mit der Thematik von Klimawandel und ökologischem Ressourcenmanagement in Verbindung. Eine Weiterentwicklung in diesem Bereich ist nur durch die konstante Implementierung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und technischen Neuerungen zu erreichen, wie sie im gemeinnützigen Wohnbau Praxis ist.

Gemeinnütziger Wohnbau für den Klimaschutz

Der gemeinnützige Wohnbausektor leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele. Beispielhaft kann die Sanierung älterer Bestandsobjekte genannt werden. Die umweltgerechte und auf Energieeffizienz ausgerichtete Revitalisierung von bestehenden Wohnanlagen trägt aktiv zu einer Qualitätssteigerung bei. Weiters wird durch eine nachhaltige Instandhaltung und -setzung garantiert, dass Wohnungen langfristig leistbar bleiben. Durch den Zubau von Balkonen oder Liftanlagen wird den Bewohner:innen moderne Wohnqualität und Barrierefreiheit geboten.

Umweltfreundliche Energie- und Wärmeversorgung

Hinsichtlich des Bereichs der Energie- und Wärmeversorgung liegt der Fokus

jetzt bereits verstärkt auf umweltfreundlichen Alternativen. Fossile Energiequellen spielen zukünftig im gemeinnützigen Wohnbau keine Rolle mehr. Die Errichtung von Photovoltaik- und Solaranlagen und die stetige Erweiterung des Fernwärmenetzes leisten bereits jetzt einen immanenten Beitrag zur Klimawende.

Ein weiteres Beispiel für klimafreundliche technische Innovation im Wohnbau der Zukunft ist die Bauteilaktivierung, das heißt die Nutzung von großen Massen des Baukörpers als Speicher für Wärme im Winter und Kälte im Sommer.

Holz statt Beton

Auch Holz als klimaneutraler und gleichzeitig sehr vielseitiger Baustoff erfreut sich, auch im mehrgeschossigen Wohnbau, wachsender Beliebtheit und stellt eine umweltfreundliche Ergänzung zu klassischen Baustoffen dar. Erfahrungen zeigen, dass Bauen mit Holz sicher, schnell und nicht aufwändiger und teurer ist als die konventionelle Bauweise mit Ziegel oder Beton.

Bodenverbrauch minimieren

Zukunftsgerechtes Bauen steht eng mit der Minimierung von Bodenversiegelung bei der Schaffung von neuem,

DER AUTOR:

Robert Oberleitner

ist Obmann der Landesgruppe Oberösterreich des GBV (Österreichischer Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen) und Geschäftsführer der Neuen Heimat.



leistbarem Wohnraum in Verbindung. Gemäß Regierungsprogramm 2020 bis 2024 soll der aktuelle jährliche Bodenverbrauch, dessen Drei-Jahresmittel bei circa 44 Quadratkilometer liegt, bis 2030 auf neun Quadratkilometer pro Jahr reduziert werden. Die Mitglieder des Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen in Österreich stellen sich dieser Herausforderung durch die Prüfung von Nachverdichtungs- und *Reconstructing*¹-Möglichkeiten, Aufstockung und Überbauung von Supermärkten, Ausbau von Dachgeschossen, sowie Revitalisierung und Adaptierung von bestehender Bausubstanz.

Eine klimafreundliche und energieeffiziente Planung auf dem Sektor Wohnen schlägt sich nicht nur in geringeren Energiekosten für die Verbraucher:innen nieder, auch kommende Generationen profitieren langfristig von umweltschonenden Maßnahmen.

¹ *Reconstructing* ist eine Methode zur Wiedererrichtung von Projekten auf bestehendem Grund, die eine Modernisierung von alten Konzepten ermöglicht.



Eine klimafreundliche und energieeffiziente Planung auf dem Sektor Wohnen schlägt sich nicht nur in geringeren Energiekosten für die Verbraucher:innen nieder, auch kommende Generationen profitieren langfristig von umweltschonenden Maßnahmen.

Vöcklabruck als Vorreiter der Energiewende

Mit zahlreichen Nachhaltigkeitsprojekten soll Vöcklabruck in den nächsten Jahren zur Musterstadt für aktive Klimapolitik werden.

PETER SCHOBESBERGER

In Sachen Nachhaltigkeit haben wir in Vöcklabruck viel vor. Bereits im Jahr 2021 wurden die ersten zwei Bürgerkraftwerke realisiert. Wir nutzen dabei öffentliche Dachflächen, beispielsweise auf dem Hallenbad und dem Senior:innen-Heim, um Sonnenstrom zu erzeugen. Um den Bürgerkraftwerken in Zukunft eine größere Dimension zu verleihen, ist geplant, auch Wohnhausanlagen einzubeziehen. Vor allem bei Neubauten haben wir vor, frühzeitig diesbezügliche Gespräche zu führen. Durch eine Erneuerbare Energiegemeinschaft (EEG) soll Sonnenstrom aus Vöcklabruck zukünftig an Bürger:innen der Stadt geliefert werden können.

Nachhaltige Verkehrsplanung

Auch beim Verkehr hat sich Vöcklabruck der Nachhaltigkeit verschrieben. So wird derzeit eine Verkehrsstudie durchgeführt mit dem Ziel, Verschmutzung, Lärm und Gefahren zu reduzieren und aktiven und öffentlichen Verkehr zu stärken. Wege innerhalb der Stadt zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückzulegen, schont Ressourcen, ist gesund und schafft Entspannung beim bestehenden Vöcklabrucker Parkplatzproblem. Lückenschlüsse an diversen Rad-Hotspots sind daher derzeit in Planung.

Von „Park and Ride“ bis „Bike and Ride“

Vöcklabruck hängt an der mit Abstand bestfrequentierten Hochleistungsstrecke. Wir wollen ein unwiderstehliches Angebot für Pendler:innen schaffen. Die Vorbereitung neuer Parkflächen hat die ÖBB in Prüfung. Beim Ausbau der „Park and Ride“ (P+R) Flächen am Vöcklabrucker Bahnhof wird ebenfalls aufs Gas gedrückt. Dazu kommen „Bike and Ride“ Parkplätze, für die noch im Frühjahr die Nutzungshäufigkeit amtlich bestätigt wird.

Recycling und Abfallwirtschaft

Weitere Projekte wollen wir im Bereich Recyclingquote und Abfall-Logistikoptimierung durchführen. Neben bewusstseinsbildenden Kampagnen zu den Themen Recycling und Abfallwirtschaft, sind Müllscanner angedacht, die mit Hilfe künstlicher Intelligenz Fehlwürfe

„Gemeinden sind der am meisten unterschätzte Faktor im Kampf gegen den Klimawandel. Unser Ziel ist es, die Stadt Vöcklabruck zum Vorreiter und Vorbild der Energiewende zu machen.“

im Abfall erkennen. Auch eine digitale Füllstandsüberwachung für Müllcontainer, so dass diese nur angefahren werden, wenn sie tatsächlich voll sind und Routenoptimierungen sollen dazu beitragen, die Vöcklabrucker Abfallentsorgung zu einem Nachhaltigkeits-Vorbild zu machen.

Vöcklabrucker Zukunftsvisionen

Neben den Projekten, die bereits jetzt in Planung sind, haben wir uns auch längerfristige Ziele gesetzt, deren Umsetzung nach und nach erfolgen soll. Dazu zählen etwa die Integration des Wasseretzes in die Ver-

DIE AUTORIN:

Peter Schobesberger ist Bürgermeister der Stadtgemeinde Vöcklabruck.



brauchsgestaltung der EEG oder auch die Dekarbonisierung der Fernwärme. Eine weitere Zukunftsvision für Vöcklabruck und die Region ist die Schaffung eines Wasserstoff-Clusters aus Industrie, Energiewirtschaft und dem Bildungssektor.

Gemeinden sind der am meisten unterschätzte Faktor im Kampf gegen den Klimawandel. Unser Ziel ist es, die Stadt Vöcklabruck zum Vorreiter und Vorbild der Energiewende zu machen.

Zahlreiche Nachhaltigkeitsprojekte, wie „Bike and Ride“ Flächen oder neue Radwege, sollen Vöcklabruck in den nächsten Jahren zur Musterstadt für aktive Klimapolitik machen.



„Fenster aufmachen ins 21. Jahrhundert“

Michael Lindner ist seit Anfang Februar geschäftsführender Vorsitzender der SPÖ Oberösterreich. Der Bildungskurier hat mit ihm über seine Zukunftspläne für das Land und die Partei gesprochen.

Bildungskurier: Von Hermann Hesse wird immer wieder eine Gedichtzeile zitiert: „Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“. Gilt das auch für deinen Anfang als Landesparteivorsitzender der SPÖ Oberösterreich?

Lindner: Politischer Erfolg lässt sich ja meist nur im Rückblick beurteilen und an dem, was man konkret an den Lebensbedingungen der Menschen verbessern konnte. Deswegen bin ich bei diesen vermeintlichen „Höhenflügen“ oder „Zauber“-Vergleichen immer vorsichtig und skeptisch. „Politische Sternschnuppen“ hat die Politik schon zu oft erlebt. Mein Zugang ist da vielmehr eine substantielle und erkennbare Veränderung der Sozialdemokratie, kein kurzfristiges „Medien-Hoch“.

Bildungskurier: Warum sind die Vorsitzendenwechsel der SPÖ Oberösterreich (fast) immer ein Drama?

„Wir müssen an einer neuen Kultur des Miteinanders, des gegenseitigen Vertrauens und einer Offenheit innerhalb der Partei arbeiten.“

Lindner: Aus meiner Sicht müssen wir an einer neuen Kultur des Miteinanders, des gegenseitigen Vertrauens und einer Offenheit innerhalb der Partei arbeiten. Ich will dazu einen „neuen Boden“ legen. Unsere tausenden Aktivist:innen in den Gemeinderäten und Ortsparteien verlangen zurecht, dass auf „höherer Ebene“ professionell gearbeitet und zusammengearbeitet wird. Und das will ich schaffen!

Bildungskurier: Allein der Wechsel bei der Vorsitzendenfunktion verbessert die

Situation der Sozialdemokratie in Oberösterreich noch nicht umfassend. Was sind deine Pläne?

Lindner: Ein desaströser Befund ist es ja, dass uns die Menschen die Gestaltung der Zukunft nicht mehr zutrauen. Vor uns stehen massive Zukunftsherausforderungen: die Klima-Krise, die einer sozial ausge-

„Vor uns stehen massive Zukunftsherausforderungen. Es gibt wirklich viel zu tun für uns.“

wogene Bewältigung harrt; die Digitalisierung, die Wertschöpfungsketten und damit die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates auf den Kopf stellt; die massive Veränderung der Arbeitswelt mitsamt neuen Beschäftigungsverhältnissen und das Ganze immer zu Ungunsten der abhängig Beschäftigten. Also: Es gibt wirklich viel zu tun für uns.

Eine moderne Sozialdemokratie muss auf diese brennenden Fragen Antworten liefern können. Und deshalb will ich in den nächsten zwei Jahren an einem „Zukunftsbild für Oberösterreich“ arbeiten. Wir müssen den Menschen sagen können, wie Oberösterreich in 20 oder 30 Jahren aussehen soll und wie wir sie dabei mitnehmen wollen.

Und begleitend dazu will ich die Mitglieder stärker beteiligen. Schon bei dieser Vorsitzwahl soll jedes Mitglied die Möglichkeit haben, mitzuentcheiden.

Bildungskurier: Die Volkspartei stellt mit 37,6 Prozent der Stimmen fast den völligen Machtanspruch und erreicht das auch mit der in diesen Fragen willfähr-

IM INTERVIEW



Foto: Sebastian Philipp

Michael Lindner

ist geschäftsführender Vorsitzender und Klubobmann der SPÖ Oberösterreich.

rigen FPÖ. Was will die Volkspartei aber politisch in Oberösterreich?

Lindner: Ehrlich gesagt beantwortet das Regierungsprogramm diese Fragen nicht. Nach der Wahl im vergangenen Herbst ist für die ÖVP alleine die Ausweitung der Macht im Vordergrund gestanden und keine konkrete politische Agenda.

Über allem steht das Mantra des „Nulldefizits“ und damit verbunden eine Einsparungspolitik, eine Verschiebung der gesellschaftlichen Herausforderungen auf die „Verantwortung der Einzelnen“.

Jedes weitere Zaudern oder Bremsen bei der Pflege, beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs, bei den Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder bei der Gleichberechtigung der Frauen heißt in Wahrheit: regelt auch das selbst! Dadurch werden jedoch gesellschaftliche Ungleichheiten einzementiert.

Genau das ist offensichtlich der Kernpunkt dieser konservativen ÖVP – und das an einem Industriestandort, der eigentlich gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Vorreiter sein sollte.

Oberösterreich braucht ein „Durchlüften“, ein „Fenster aufmachen“ ins 21. Jahrhundert und das ist mit dieser Landes-Koalition nicht machbar.

„Oberösterreich braucht ein ‚Durchlüften‘, ein ‚Fenster aufmachen‘ ins 21. Jahrhundert und das ist mit dieser Landes-Koalition nicht machbar.“

Bildungskurier: Ein sehr umstrittenes Thema ist seit Jahren die Kinderbildung und Kinderbetreuung der unter sechsjährigen Kinder. Auch du hast das als wichtiges politisches Thema bezeichnet. Wie wird die SPÖ dabei aktiv werden?

Lindner: Offenbar ist es für die ÖVP eine rein ideologische Frage, den Ausbau der Kinderbildung nicht rascher voranzutreiben. Die Lebensrealität der Familien ist ja schon lange eine andere, als die ÖVP es sich vielleicht vorstellt. Das wissen auch die Sozialpartner, ja sogar die Industriellenvereinigung.

Fakt ist, dass Oberösterreich im Bundesländervergleich bei der Kinderbildung und Kinderbetreuung weit abgehängt ist. Solange wir keine bedarfsgerechten Angebote haben, werden Frauen aus dem Erwerbsleben draußen gehalten, weil Familie und Beruf nicht in allen Regionen unseres Landes vereinbar sind. Das hemmt letztendlich auch die wirtschaftliche Entwicklung. Viele SPÖ-geführte Städte und Gemeinden zeigen vor, wie es geht. Damit ist es eigentlich an der Zeit, die ÖVP als Familien- und Wirtschaftspartei abzulösen. Wir sind da auf der Höhe der Zeit, die ÖVP bei weitem nicht mehr!

Und dafür brauchen wir auch Arbeitsbedingungen für unsere Pädagog:innen,

die sie nicht ausbrennen lassen: kleinere Gruppen, mehr Vorbereitungszeit, mehr Leitungszeit und damit mehr Raum für pädagogisches Arbeiten. Das wollen die Pädagog:innen, weil sie unter den aktuellen Rahmenbedingungen oftmals nicht das umsetzen können, was sie in der Ausbildung lernen. Und das frustriert.

Dazu wird es schon bis zum Sommer eine landesweite Initiative geben, mit der wir auf diesen Aufholbedarf aufmerksam machen. Gute Beispiele vor den Vorhang holen, den Pädagog:innen den Rücken stärken und den öffentlichen Druck für eine Verbesserung erhöhen.

Das wird der Markenkern sozialdemokratischer Oppositionsarbeit im Land sein und bleiben.

Michael Lindner will an dem gemessen werden, was er für die Menschen im Land verbessern konnte.



Foto: Erwin Pils

Nachhaltige Gemeindefinanzen

Grüne Investitionen der Gemeinden müssen über den Finanzausgleich abgesichert werden.

KAROLINE MITTERER

Durch die Pandemie wurden mehrfach Mängel bei der Resilienz der Gemeindefinanzen offenbar, sodass die Gemeinden auf umfangreiche Hilfspakete durch Bund und Länder angewiesen waren. Ein Blick

„Die Gemeinden stehen bei kommunalen Investitionen vor großen Herausforderungen.“

in die Zukunft zeigt, dass die Gemeinden bei kommunalen Investitionen vor großen Herausforderungen stehen. Von besonderer Bedeutung werden dabei Investitionen zur Bewältigung von Klimawandel und Klimaanpassung sein. Es gilt nun, den Finanzausgleich so zu gestalten, dass diese wichtigen Investitionen nicht zu einer finanziellen Überlastung der Gemeinden führen.

Resilienz von Gemeindefinanzen in der Pandemie

Gemeindefinanzen sind resilient, wenn die Gemeinden im Krisenfall sowohl eine rasche Anpassungsfähigkeit an neue Rahmenbedingungen zeigen, als auch eine ausreichende Robustheit aufweisen.

Insbesondere die kommunale Daseinsvorsorge muss auch während der Krise gewährleistet sein, was im ersten Pandemiejahr mit Unterstützung von Bund und Ländern gelungen ist. Die Länder verschoben die Gemeinde-Bedarfszuweisungen verstärkt in den Haushaltsausgleich, um die Liquidität der Gemeinden zu sichern. Der Bund sicherte mit dem kommunalen Investitionspaket zu einem großen Teil die Investitionen. Doch auch die Gemeinden selbst trugen durch das Heben von Reserven nicht unwesentlich zum Gelingen bei. Im zweiten Pandemie-

jahr war dank der guten wirtschaftlichen Entwicklung keine Liquiditätsstützung durch den Bund mehr notwendig.

Ist mit dem Wirtschaftsaufschwung nun wieder alles okay?

Mittlerweile sprudeln die Steuereinnahmen wieder, die Wirtschaftsprognosen versprechen einen starken Aufschwung. Also alles wieder in Ordnung? Kann Entwarnung gegeben werden? Dazu braucht es einen Blick in die Zukunft. Die letzte Gemeindefinanzprognose des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung (Dezember 2021¹) zeigte, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung nun eine deutlich bessere Ausgangslage für Gemeinden bedeutet. Dennoch besteht ein nicht unwesentliches Risiko, dass sich die Gemeindefinanzen auch mittelfristig nicht nachhaltig erholen. Es zeigen sich sowohl Schwächen in der Absicherung des laufenden Betriebes als auch bei Investitionen.

Bedeutung kommunaler Investitionen

Mittelfristig nachhaltige Gemeindefinanzen sind jedenfalls notwendig, um den Bereich der kommunalen Investitionstätigkeit abzusichern. Aktuell werden 30 Prozent der öffentlichen Investitionen von den Gemeinden gestemmt,

„Kommunale Investitionen haben hohe positive Wirkungen auf die Wertschöpfung und die inländische Beschäftigung.“

2019 waren dies immerhin 3,6 Milliarden Euro. Zählt man auch Investitionen in die Ver- und Entsorgung, welche nicht zum öffentlichen Sektor gezählt werden, lag

DIE AUTORIN:

Karoline Mitterer leitet den Bereich öffentliche Finanzierung und Föderalismus im KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung.



das Investitionsvolumen der Gemeinden vor der Krise sogar deutlich über vier Milliarden Euro.² Kommunale Investitionen haben dabei sowohl kurzfristig als auch langfristig hohe positive Wirkungen auf die Wertschöpfung und auch die inländische Beschäftigung.³

Herausforderung: Investitionen in den Klimaschutz

Auf die Gemeinden kommen in den nächsten Jahren verstärkt Investitionen in die Infrastruktur zur Bewältigung von Klimawandel und Klimaanpassung zu.

„Auf die Gemeinden kommen in den nächsten Jahren verstärkt Investitionen in die Infrastruktur zur Bewältigung von Klimawandel und Klimaanpassung zu.“

Zu nennen sind insbesondere die thermische Sanierung von kommunalen Gebäuden inklusive Umstellung der

¹ kdz.eu/de/aktuelles/blog/gemeindefinanzprognose-november-2021-erholung-der-gemeindefinanzen-durch-laengst

² kdz.eu/de/wissen/studien/stadtdialog-oesterreichische-gemeindefinanzen-2021-entwicklungen-2009-bis-2022

³ Sinabell et al.: Ökonomische Expertise für umwelt- und wirtschaftspolitische Entscheidungen zur Bewältigung der COVID-19- Krise, 2020, S. 14.

Heizsysteme auf umweltfreundliche Varianten, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Radverkehrsinfrastruktur, Maßnahmen im Bereich der Elektromobilität und der Umstieg bei kommunalen Fahrzeugen auf alternative Antriebstechniken. Hinzu kommen noch Renaturierungen, die Entsiegelung – etwa durch die verstärkte Pflanzung von Bäumen – und Lösungen gegen Hitzeinseln in Städten. Auch sind Maßnahmen gegen den hohen Bodenverbrauch zu setzen, etwa durch Flächenrecycling. Zu nennen sind weiters Hochwasserschutzmaßnahmen und andere Schutzbauten gegen Naturkatastrophen.

Damit können Gemeinden einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der gesetzten bundesweiten Klimaziele und zur Bewältigung des Klimawandels leisten. Dies kann jedoch nur mit entsprechenden finanziellen Spielräumen gelingen.

Grüne Investitionen künftig absichern

Um grüne Investitionen der Gemeinden zu sichern, muss an mehreren Hebeln angesetzt werden. Erstens braucht es ausreichend Überschüsse aus dem laufenden Betrieb. Verbleibt weniger Geld aus dem laufenden Betrieb, bleibt weniger Geld für Investitionen.

Vielfältige Reformen, welche Entlastungen für die Gemeindefinanzen gebracht hätten, wurden in den letzten Finanzausgleichsverhandlungen immer wie-

„Um grüne Investitionen der Gemeinden zu sichern, muss an mehreren Hebeln angesetzt werden.“

der aufgeschoben. Zu nennen sind etwa die Grundsteuerreform oder eine Entlastung im Umlagenbereich (Ko-Finanzierungsverpflichtungen für Gesundheit und Pflege).

Zweitens braucht es eine Schwerpunktsetzung für klimafreundliche Projekte bei bestehenden und neuen Investitionsprogrammen. So sah das kommunale Investitionsprogramm 2020 zwar grundsätzlich eine verstärkte Förderung von klimafreundlichen Investitionen vor, allerdings ohne konkrete Maßnahmen. Primär wurde daher in den Straßenbau, in Kindergärten und in Schulen⁴ investiert – unabhängig vom ökologischen Standard. Auch bei der Vergabe der Gemeinde-Bedarfszuweisungen bleiben ökologische Aspekte zumeist gänzlich unberücksichtigt. Auch fehlen noch

gezielte Förderprogramme, etwa für den stadtregionalen öffentlichen Personennah- und Regionalverkehr.

Zeit bis zum nächsten Finanzausgleich nutzen

Zur Absicherung der kommunalen Investitionen trägt drittens auch eine Reform des Österreichischen Stabilitätspaktes (ÖSTP) bei, welcher gerade für Gemeinden sehr enge finanzielle Vorgaben vorgibt. Durch die Einführung einer „goldenen Regel“ wären Ausnahmen im ÖSTP für klimafreundliche Infrastrukturen sinnvoll.

Die Zeit bis zu den nächsten Finanzausgleichsverhandlungen Ende 2023 sollte daher genutzt werden, um die Weichen zur Absicherung der kommunalen Investitionstätigkeit zur Bewältigung von Klimawandel und Klimaanpassung zu stellen.

⁴ <https://www.bmf.gv.at/themen/budget/das-budget/budget-2020.html>

Gemeinden können einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der bundesweiten Klimaziele und zur Bewältigung des Klimawandels leisten – jedoch nur mit entsprechenden finanziellen Spielräumen.



Raum(un)ordnung in Ohlsdorf

Während weltweit Bemühungen zur Eindämmung von Flächenfraß stattfinden, wird die Gemeinde Ohlsdorf derzeit zum Symbol für Wald- und Bodenvernichtung.

HEIDI STRAUSS

Die Raumordnung und Raumplanung betrifft uns alle und gehört zu den zukunftsträchtigsten, aber auch emotionalsten Themen der Landespolitik. Auf keinen Fall darf die Raumordnung zu einer Spielwiese für Macht und Willkür werden, wie es derzeit in der Gemeinde Ohlsdorf passiert.

Aufgaben der Raumordnung

In der Raumordnung ist geregelt, wie unser Land aussieht; wo ein Geschäft mit Nahrungsmitteln zu finden ist; wo eine Straße gebaut werden oder wo eine Wohnung stehen kann. Alle diese Elemente haben ihre Berechtigung, können aber nebeneinander nur in einem bestimmten Ausmaß bestehen. Die Koordinierung des Verbauens ist die Aufgabe der Raumordnung. Mit den Flächen sparsam umzugehen und den Verbrauch entsprechend in Grenzen zu halten, ist ein Ziel der Raumordnung.

Baulandmobilisierung vor Neuwidmungen

Boden ist genauso wertvoll wie Luft und Wasser. Um wertvollen Boden zu schützen, gilt es Leerstände und Brachen zu nützen und Nachverdichtung zu forcieren. Baulandmobilisierung muss klar

Vorrang vor Neuwidmungen haben. Anstatt auf Wachstum an den Ortsrändern zu setzen, sollten deshalb bewusst die Entwicklung der Zentren fokussiert und damit die Ortskerne belebt werden.

Ohlsdorf: 26 Fußballfelder Wald zerstört

In einer Zeit, in der die dramatischen Ausmaße und Folgen des Bodenverlustes bewusst und offenbar werden und in der alle Welt eine Eindämmung der Flächenversiegelung und der Waldrodungen einmahnt – genau in dieser Zeit wird die Gemeinde Ohlsdorf zum Synonym für Wald- und Bodenvernichtung.

Im Gemeindegebiet Ohlsdorf wurden über 180.000 Hektar Wald für die Errichtung eines Betriebsbaugebietes gerodet. Diese Fläche gleicht nun einer Mondlandschaft und entspricht unfassbaren 26 Fußballfeldern. Der gerodete Wald soll zwar an anderen Stellen eineinhalbfach wieder aufgeforstet werden; diese Ersatzaufforstungsflächen werden aber erst in mehreren Jahrzehnten eine Waldwirkung entfalten. Außerdem gehen damit rund 270.000 Quadratmeter oder 39 Fußballfelder wertvolles Acker- und Grünland verloren.

Verordnungen statt leerer Worte

Gleichzeitig betont der zuständige ÖVP-Landesrat Markus Achleitner in der oberösterreichischen Gemeindezeitung, dass der sorgsame Umgang mit unseren wertvollen Ressourcen ein zentrales Ziel der oberösterreichischen Raumordnungsstrategie und des neuen oberösterreichischen Raumordnungsgesetzes ist. Statt solch leerer Worte fordert die SPÖ-Fraktion im Landtag zielgerechte, regionsab-

DIE AUTORIN:

Heidi Strauss

ist SPÖ-Landtagsabgeordnete in Oberösterreich und als solche Bereichssprecherin für die Agenden Bau- und Raumordnung, Konsument:innenschutz und Tierschutz. Zuvor war sie stellvertretende Amtsleiterin und Leiterin der Bauverwaltung in der Gemeinde Weißkirchen an der Traun.



hängige Verordnungen, die tatsächlich im Einklang mit dem oberösterreichischen Raumordnungsgesetz stehen. Solche Verordnungen wären ein mögliches Instrument für Überprüfungen durch das oberösterreichische Landesverwaltungsgericht, um künftig rechtliche Missstände und Grauzonen – wie die beispiellose Vernichtung von Wald und Lebensraum in Ohlsdorf – zu verhindern.

„Die Aufgabe der Raumordnungspolitik ist es nicht, gigantische Betriebsbaugebiete zu ermöglichen, sondern die Lebensrealität der Menschen zu verbessern.“

Die Aufgabe der Raumordnungspolitik ist es nicht, gigantische Betriebsbaugebiete zu ermöglichen, sondern die Lebensrealität der Menschen zu verbessern, etwa durch den Bau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen oder durch die Förderungen von Jungfamilien. Nur so können wir sicherstellen, dass unsere Kinder nicht absiedeln müssen, sondern auch in Zukunft ihre Lebensmittelpunkte in ihren Heimatgemeinden behalten können.

Im Gemeindegebiet Ohlsdorf wurden über 180.000 Hektar Wald für die Errichtung eines Betriebsbaugebietes gerodet.



SPÖ Frauen OÖ

Frauentags-Festveranstaltung

Zum Auftakt des Frauentages veranstalteten die SPÖ Frauen Oberösterreich am 6. März eine Frauentags-Festveranstaltung, ganz im Zeichen des Friedens und Zusammenhalts.

Mit Künstlerin Nora Dirisamer und ihrem exklusiven Programm „Was ich als Frau mich immer wieder frag. Eine Sinnsuche in Büchern.“, Dr.ⁱⁿ Alexandra Weiss, Politikwissenschaftlerin, Autorin und Gender- und Gleichstellungs-Expertin mit ihrem Vortrag „Alte Kämpfe, neue Herausforderungen. Perspektiven emanzipatorischer Frauenpolitik.“ und der musikalischen Begleitung von Neiyala, einer jungen Sängerin und Songwriterin aus Linz und ihrer Band, war der Sonntagnachmittag ein voller Erfolg.

Es wurden auch Spenden für die Ukraine gesammelt. Denn wir wollen uns nicht nur solidarisch mit der ukrainischen Bevölkerung zeigen, sondern machen klar, wir unterscheiden nicht zwischen den Schutzsuchenden, wir wollen allen Menschen helfen, die auf der Flucht sind vor Krieg und Grausamkeit.

DEMO NIX GEHT OHNE UNS zum Int. Frauentag Bündnis 8. März – Oö. Frauen verbünden sich

Es ist notwendig, dass wir uns wieder verbünden, uns gegenseitig stärken und um verstärkt auf die Situation von Frauen aufmerksam zu machen und um den frauenpolitischen Rückschritt gegenzusteuern - über ideologische und Parteigrenzen hinweg.

Das „Bündnis 8. März – Oö. Frauen verbünden sich“ ist ein Zusammenschluss von 50 Organisationen aus Oberösterreich und vielen einzelnen Aktivistinnen

Landesbildungsorganisation

Heinz Stricker – Bildung als Kraftquelle

Heinz Stricker war bereits in den 90er Jahren im Rahmen des Renner Institutes als Trainer tätig. Dazu befähigte ihn im Kommunikationsbereich nicht zuletzt seine Leitung des Medienreferates der Diözese Linz. Christentum und Sozialdemokratie (ACUS) waren für Heinz nicht bloß eine Organisationsform, sondern wesentliche Lebensinhalte. Innerhalb der SPÖ Oberösterreich war Heinz Stricker auch im Landesbildungsausschuss aktiv – von 2005 bis 2020. In dieser langen Zeitspanne setzte er sich immer vehement, immer diskussionsfreudig für die Belange der Bildung ein, denn nur durch Bildung könne sich die Gesellschaft menschlich weiterentwickeln. Das Wachsen an Herausforderungen war ein Thema für ihn, ob in der Politik oder im eigenen Mensch-Sein. Heinz blieb nicht stehen, beschritt neue Wege, ging unermüdlich weiter, auch wenn es ihm in den letzten Jahren immer schwerer fiel. „Die Bildungsor-



Die Frauentags-Festveranstaltung der SPÖ Frauen OÖ mit Eva-Maria Holzleitner, Sabine Schatz, Alexandra Weiss, Ruth Manninger und Laura Wiednig.

Wir wollen wieder näher zusammenrücken, uns verbünden, Solidarität leben und gemeinsam, auch mit den Männern, in eine friedliche und feministische Zukunft schreiten.

Ein feministischer Büchertisch von der Buchhandlung Fürstelberger lud zum Schmökern ein.



Heinz Stricker (links im Bild, mit Ehefrau Helga und Fraktionskolleg*innen) war gern gesehener Gast bei unterschiedlichen Bildungsaktivitäten. Hier bei der Jahresabschlussfeier im Jahr 2007.

ganisation ist meine Heimat in der SPÖ“, stellte Heinz Stricker des Öfteren fest. Dafür und für sein aufrichtiges Engagement danken wir ihm von Herzen.

Sozialdemokratische FreiheitskämpferInnen/Jahoda-Bauer-Institut/ Gesellschaft für Kulturpolitik/ SPÖ-Bildungsorganisation

Februar - Matinee 2022

Seit mehreren Jahren wird bei der Februar-Matinee jeweils ein besonderer Aspekt der Februar-Kämpfe des Jahres 1934 beleuchtet. Organisiert wird die Veranstaltung von Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen, Jahoda-Bauer-Institut, der Gesellschaft für Kulturpolitik und der SPÖ-Bildungsorganisation.

Die Geschichte – so wie sie überliefert wird – ist eine Männergeschichte. Auf der Seite der Regierung (Bundesheer, Polizei, Heimwehren) lauter Männer. Auf Seiten der Schutzbündler wird ebenfalls nur von Männern berichtet.

In diesem Jahr widmete sich daher die Matinee den (weitgehend vergessenen) Frauen der Februar-Kämpfe. Der Historiker Florian Wenninger beschäftigte sich in seinem Beitrag damit, warum auch beim Schutzbund Frauen keine aktive Rolle einnehmen sollten und warum die aktiven Frauen der Februar-Kämpfe in der Erinnerungsarbeit kaum erwähnt werden. Danach wurde der Film „Tränen statt Gewehre“ ge-



Februar - Matinee 2022: Bernd Dobesberger im Gespräch mit Karin Berger und Florian Wenninger.

zeigt, darin erzählt die frühere Betriebsrätin Anni Haider von ihrem Anteil an den Kämpfen um den Goethehof in Wien. Abschließend erzählte die Filmemacherin Karin Berger vom Entstehen des Film 1983.

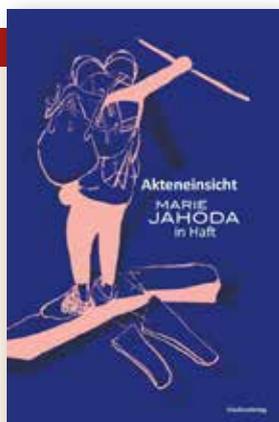
Renner Institut OÖ

Workshops und Klausuren boomen!

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Deshalb und noch mehr wegen der Planungen für die nächsten ein, zwei Jahre gehen viele oberösterreichische SPÖ Fraktionen auf Klausur. Um diese Treffen organisatorisch und methodisch gut zu unterstützen, stellt das Renner Institut Moderator*innen kostenlos zur Verfügung. Anruf (05 7726 – 1116) oder Email (alexandra.kneidinger@spoe.at) genügt. Die Trainer*innen arbeiten maßgeschneidert mit der jeweiligen Ortsorganisation.



Die SPÖ Pregarten auf ihrer zukunftsorientierten und lebendigen Parteiklausur.



Studien-Verlag:
Innsbruck, Wien, 2022.

BUCHTIPP

Johann Bacher, Waltraud Kannonier-Finster und Meinrad Ziegler (Hg.): „Akteneinsicht: Marie Jahoda in Haft“

BERND DOBESBERGER

Marie Jahoda – gemeinsam mit Otto Bauer Namensgeberin des Jahoda-Bauer-Instituts – ist als Sozialwissenschaftlerin Interessierten auch mehr als 20 Jahre nach ihrem Tod nach wie vor ein Begriff. Insbesondere die wegweisende Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ aus dem Jahr 1933, die sie gemeinsam mit Paul Lazarsfeld und Hans Zeisel verfasste, ist bis heute ein Klassiker sozialwissenschaftlicher Literatur.

Das vorliegende Buch – 4. Band einer Jahoda-Edition – holt aber eine weitgehend vergessene Marie Jahoda vor den Vorhang: die Sozialistin, die gegen den Austrofaschismus kämpfte und dafür 1936/37 neun Monate vom Regime eingesperrt wurde.

„Akteneinsicht: Marie Jahoda in Haft“ zeigt nicht nur das individuelle Schicksal Marie Jahodas und ihren Umgang damit, sondern es wirft auch ein Licht auf die Verfolgung linker Widerständler:innen durch Polizei und Justiz zwischen 1934 und 1938.